Abend-Ausgabe. Nr. 107 Donnerstag, 4. März 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 49,7 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Italien fördert die Kinderreichen

Sieben Leitsätze des Faschistischen Großrates

Rom, 4. März.

Die nach dem bedeutsamen Ergebnis der ersten Sitzung mit nicht weniger Spannung erwartete zweite Zusammenkunft des Faschistischen Großrates in der Nacht zum Donnerstag brachte eine Beratung über die Fragen der Bevölkerungspolitik. Nachdem der Unterrichtsminister Bottai Bericht erstattet und verschiedene Mitglieder des Rates in die Debatte eingegriffen hatten, faßte Mussolini die Diskussion zusammen, indem er die verschiedenen Gesichtspunkte der Frage darlegte.

Es wurde folgende Entschließung gefaßt: „Der Faschistische Großrat beschließt, die Bevölkerungspolitik des Regimes nach folgenden Leitsätzen zu vervollkommnen:

1. **Bevorzugung der Väter kinderreicher Familien bei der Arbeit und Anstellung, da die kinderreichen Familien in Ausnahmezeiten für das Vaterland die größeren Opfer und den stärkeren Beitrag an Menschen leisten;**
2. **Politik einer Familienentlohnung (bei gleicher Arbeitsart und Arbeitsleistung ein Einkommen im Verhältnis zur Belastung durch die Familie);**
3. **Revision der gegenwärtig gültigen bevölkerungspolitischen Maßnahmen mit dem Zweck, das Leben kinderreicher Familien sicherzustellen;**
4. **Einrichtung von Heiratsdarlehen und Mitgiftversicherungen für junge Arbeiter. (Letztere waren bereits durch das Arbeitsgesetz vorgesehen);**
5. **Bildung einer nationalen Versicherung für die kinderreichen Familien;**
6. **Neueinteilung der Provinzen und Gemeinden auf Grund der Ergebnisse der kommenden Volkszählung von 1941, wobei Gemeinden und Provinzen gestrichen werden, in denen die Bevölkerung überaltert und dünn geworden ist und infolgedessen öffentlicher Einrichtungen nicht mehr bedarf;**
7. **Einrichtung einer Zentralstelle, die die Bevölkerungspolitik des Regimes überwacht und fördert.**

Nach der Feststellung dieser Leitsätze, die gesetzgeberisch verankert werden, erinnert der Großrat feierlich alle Faschisten daran, daß das Bevölkerungsproblem das Problem des Lebens und seiner Fortsetzung bedeutet, das heißt, das Problem der Probleme. Denn ohne Leben gibt es keine Jugend, keine militärische Macht, keine wirtschaftliche Expansion, keine sichere Zukunft des Vaterlandes."

Die Sitzung endete morgens 2,30 Uhr. Der Großrat wird am 5. März nachts neuerdings zusammentreten.

Statt Brot – Haussuchungen!

Tschechische Polizei gegen Sudetendeutsches Hilfswerk

Reichenberg, 4. März.

Wie das Blatt der Sudetendeutschen, „Die Zeit", meldet, erschienen 20 Mann der tschechoslowakischen Geheimen Staatspolizei in den Räumen des Sudetendeutschen Hilfswerks „Bund der Deutschen" in Reichenberg und nahmen in den Privatwohnungen des Bezirksgeschäftsführers und des Gaugeschäftsführers Haussuchungen vor. Die Nachforschungen blieben ergebnislos. Inzwischen fanden ebenso eingehende Haussuchungen auch in der Bezirks- und Gaugeschäftsstelle selbst statt, wobei der gesamte Briefwechsel einer genauen Durchsicht unterzogen wurde, ohne daß bis auf einige bedeutungslose Briefe etwas gefunden wurde.

Bei der Protokollaufnahme durch die Polizeidirektion wurde erst später klar, daß die Haussuchungen vornehmlich der Fahndung nach Fragebogen für Hilfsbedürftige galten, die sich auf Erhebungen der Bundesstellen unter den nordböhmischen Industriearbeitern beziehen sollen. Zugleich wurde auch in der der Bundesleitung, Abteilung Volkswirtschaft, des „Bundes der Deutschen" unterstehenden Kanzlei in Reichenberg eine Haussuchung vorgenommen, die die Beschlagnahme des größten Teils der Briefschaften bezweckte. Das Material wurde sofort zur Reichenberger Polizeidirektion geschafft.

Politischer Mord in Sowjetrußland

Moskau, 4. März.

Das jungkommunistische Blatt „Komsomolskaja Prawda" meldet, daß sich in der Nähe von Krasnojarsk ein politischer Mord ereignet habe. Dort sei ein „kommunistischer Pionier", das Mitglied eines Schülerverbandes, mit der Axt erschlagen worden. In Verdacht des vorsätzlichen Mordes stehe der Erzieher des Knaben. Die Untersuchung habe zur Aufdeckung einer „Verschwörung" von einflußreichen Provinzbeamten geführt, denen „trotzkistische" Machenschaften vorgeworfen würden. Nicht nur das Gebietskomitee des Jugendverbandes, sondern auch die Justizbehörden und die Leiter der Miliz hätten den Mord unterstützt und mit dem Mörder in Verbindung gestanden.

Das amerikanische Neutralitätsgesetz

Entscheidungsvoller Umschwung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten

Washington, 4. März.

Wie bereits im größten Teil der Auflage gemeldet, nahm der Bundessenat das Neutralitätsgesetz an. Der Beschlußfassung ging eine Aussprache voraus, die den weitgehenden, alles andere überwiegenden Entschluß bezeugte, einen neuen Krieg möglichst zu vermeiden, jedenfalls aber alles zu versuchen, um nicht wieder, wie im Jahre 1917, in einen fremden Krieg hineingezogen zu werden.

Deswegen wurde in dem Entwurf des Senators Pittman eine genaue Aufzählung aller Kriegsmaterialien eingefügt. Diese Aufzählung deckt sich mit den bisherigen Erklärungen des Präsidenten Roosevelt zu diesem Gegenstanden. Sie hindert ihn aber, in künftigen Kriegen sie zu ändern, insbesondere sie einzuschränken. Aus diesem Grund auch beachtete der Senat nicht des alten Senators Borah leidenschaftlichen Appell an das Traditionsgefühl des Amerikaners, und den Hinweis Borahs, daß Amerika jetzt zum ersten Male in seiner Geschichte sein Recht auf „souveräne" Schiffahrt aufgebe und dadurch nicht nur dem eigenen Prestige, sondern auch allen kleinen Nationen und der Menschheit insgesamt einen schlechten Dienst leiste. (!)

Das Gesetz, über das in vielen ausländischen, ja sogar in manchen führenden amerikanischen Zeitungen allerlei mißverstandene Dinge geschrieben worden sind, verbietet in dem Augenblick, wo der Präsident das Bestehen eines Kriegszustandes oder eines Bürgerkrieges feststellt, automatisch:

1. **die Ausfuhr von Kriegsmaterialien, zu denen auch Zivilflugzeuge gerechnet werden;**
2. **Anleihen oder Geld- oder Warenkredite außer den normalen Krediten im Umfange des Vorkriegsgeschäftes;**
3. **Reisen auf Schiffen kriegführender Staaten;**
4. **Bewaffnung amerikanischer Dampfer.**

Alle in den Vereinigten Staaten gekauften Waren müssen bar bezahlt werden, bevor sie ausgeführt werden können. Die Ausfuhr von Waren außer Kriegsmaterial ist, falls sie bar bezahlt sind, nicht verboten, vielmehr kann sich jedes Land alles kaufen, was es will und bezahlen kann.

*

Die Annahme des amerikanischen Neutralitätsgesetzes durch den Senat bedeutet zwar nach alledem, was in jüngster Zeit von den Ausichten der Vorlage und den Absichten des Präsidenten Roosevelt über den Ozean drang, keine Ueberraschung mehr, wohl aber einen völligen Umschwung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Verschiedene Ursachen haben ihn bewirkt. Unter ihnen sind die schwerwiegendsten jene bitteren Erfahrungen, die die Vereinigten Staaten im Weltkriege und auch danach noch gemacht haben. Die Finanzhilfe, die sie der Entente gewährten, führten sie — wie in den Untersuchungsausschüssen einwandfrei festgestellt wurde — in den Krieg. Im Verhältnis zum Aufwand von Menschen und Material hat ihnen die Kriegsteilnahme aber keinen wesentlichen Erfolg gebracht. Im Gegenteil: bis heute wurde ihnen das Geld, das sie den Gegnern Deutschlands liehen, und zu dessen Sicherung sie 1917 auch aktiv in den Krieg eingriffen, nur zum Teil zurückgezahlt. Frankreich hielt es, selbst als die Keller seiner Bank noch mit Goldbarren reichlich angefüllt waren, nicht für nötig, die Ratenzahlungen einzuhalten; und die anderen einstigen Verbündeten verhielten sich ebenso. Die Neigung der USA., Geld zu leihen, noch dazu für kriegerische Zwecke und gar nach Europa, wurde durch ein solches Verhalten natürlich nicht größer. Der letzte Anstoß, sich grundsätzlich zur Neutralität zu bekennen, ging dann von den Ereignissen und drohenden Verwicklungen in Spanien aus. Während gewissenlose jüdische Händler noch eben ganze Schiffsladungen voll Kriegsmaterial abfertigten, beschloß der Senat damals in einer dramatischen Sitzung zunächst das Verbot von Waffenlieferungen nach Spanien.

Das vorliegende Gesetz nun erweiterte seine Bestimmungen zur grundsätzlichen, allgemeinen Neutralität. Deutlich sind in seiner Fassung die einzelnen Anlässe zu erkennen, die zu seinem Erlaß führten. Punkt 1 verbietet allgemein die Waffenausfuhr. Punkt 2 beruht auf den Erfahrungen aus dem Weltkrieg. Punkt 3 stellt noch einmal, wenn auch unausgesprochen, den wahren Sachverhalt des vor zwanzig Jahren so verhängnisvollen „Lusitania"-Falles richtig. Punkt 4 schließlich spricht eine Selbstverständlichkeit aus. Tragisch ist, daß die Neutralität der Vereinigten Staaten erst jetzt Wirklichkeit wird. Es ist nicht abzusehen, in welch ganz anderen Richtung sich die Dinge entwickelt hätten, wenn die amerikanischen Bankiers und Waffenlieferanten schon 1914 unter ihren Geboten gestanden hätten. Trotzdem wird das Gesetz auch jetzt noch von allen denen, die wahrhaft am Frieden der Welt arbeiten, vom Herzen begrüßt werden.

Auch in Paris Sieg der nationalen Rundfunkhörer

Paris, 4. März.

Die nun ebenfalls vorliegenden Ergebnisse der Rundfunkhörerwahlen für die Verwaltungsräte der Pariser Sender zeigen, wie überall in Frankreich, einen klaren Sieg der nationalgesinnten Franzosen über die Marxisten. Die Rechtssammelliste „Radio Familie" erreichte in Paris 286 170 Stimmen gegenüber 250 176 Stimmen, die die „Volksfront"-Liste „Radio Freiheit" erzielte. Dabei waren bemerkenswerterweise über 51 000 Wahlzettel im Pariser Rundfunkbezirk für ungültig erklärt worden.

Vierzehn Todesopfer des Brandes in der Pulverfabrik Pionki. Von den etwa 20 Arbeitern, die bei dem Brandunglück in der Staatlichen Pulverfabrik in Pionki bei Radom schwer verletzt wurden, sind 14 gestorben.

Sechs litauische Kommunisten zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Das Kriegsgericht verurteilte in den letzten Tagen sechs Kommunisten, darunter drei Juden, zu Zuchthausstrafen von 15 bis 18 Jahren.

Kommunisten planen Sitzstreik in der USA-Handelsflotte

Washington, 4. März.

Joseph Weaver, der Direktor des Büros für Marine-Inspektion und Navigation, machte vor dem Kongreßausschuß aufsehenerregende Mitteilungen über kommunistische Umtriebe, die, wie er erklärte, die amerikanische Handelsmarine zu zerstören drohen. Weaver sowie ein Vertreter der Schiffseigentümer in den Häfen des Stillen Ozeans betonten, daß die Kommunisten hinter dem kürzlichen Seemannsstreik gestanden hätten. Die Kommunistische Partei sei auch gegen die Einführung von Seemannsbüchern, und plane einen Sitzstreik, der am 1. Mai beginne und durch den gegen diese Maßnahme protestiert werden solle.

Polizei weicht vor Streikenden zurück

Neuyork, 4. März.

In West-Warwick (Rhode-Island) mußten Arbeitswillige und 40 Polizeibeamte vor 250 Streikenden den Rückzug antreten. Die Tränen- und Brechgasbomben der Polizei konnten dem Steinhagel und den sonstigen Wurfgeschossen der Streikenden keinen Einhalt tun. Die Streikenden ergriffen die auf sie geschleuderten, aber nicht explodierten Gasbomben und warfen sie mitten unter die Polizisten zurück.

An der Grenze der Staaten Rhode-Island und Massachusetts bemächtigten sich streikende Lastkraftwagenfahrer eines mit Pappkartons beladenen Wagens, warfen ihn um und verbrannten ihn. Der Fahrer, der selbst der Gewerkschaft angehört, wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht.

Aus Sarnia in Kanada melden die Morgenblätter, daß Arbeitswillige, mit Eisenstangen bewaffnet, die Sitzstreiker in der Eisengießerei Holmes angegriffen und vertrieben hätten. Dabei wurden acht Streikende schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Schwere Streikunruhen in Nancy

Paris, 4. März.

In Nancy, wo seit Sonnabend ein plötzlicher Straßenbahnerstreik ausgebrochen war, griff am Mittwoch die Polizei auf Anordnung des Ministers ein und räumte zwangsweise die von den Streikenden besetzten Werkhallen und Straßenbahndepots. Hierbei kam es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Mobilen Garde, in deren Verlauf zahlreiche Personen verletzt wurden. Das gesetzliche Schiedsgerichtsverfahren zur Beilegung des Streiks ist eingeleitet worden.

In Toulouse sind aus Solidarität mit den Arbeitern einer Transportgesellschaft sämtliche Angestellten und Arbeiter aller städtischen Warenbeförderungsunternehmungen in den Streik getreten. Der Streikausschuß hat nur die Beförderung von Milch und verderblichen Waren gestattet. Verhandlungen zur Beilegung des Streiks haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.